Das Bienensterben – eine kritische Bilanz

Mais, so weit das Auge reicht: die Monokulturen im Land breiten sich aus. Die Pflanze ist gefragt als Futtermittel und als Energierohstoff. Foto Corbis

Die vielen Verlierer der Feldschlacht vom Oberrhein

Der Gifteinsatz gegen den Maiswurzelbohrer hatte für Tausende Bienenvölker tödliche Folgen – Der Schädling überlebte trotzdem

Die größte Bienenvergiftung, die es in Deutschland je gegeben hat, soll nur ein bedauerlicher Unfall gewesen sein. Kritische Fragen werden mit Schweigen beantwortet. So müssen weder Bauern noch regierende Politiker ernsthaft über Veränderungen im Feldbau nachdenken.

Von Rüdiger Bäßler

Dinge gibt's, die sind sogar für einen eingefleischten Imker wichtiger als das Bienenmassensterben am Oberrhein dieses Frühjahr. Das eigene Leben zum Beispiel. Ekkehard Hülsmann, der Chef des badischen Imkerverbands, war mittendrin, den Widerstand seiner Züchterkollegen gegen die baden-württembergische Landesregierung zu organisieren, als ihn der Herzinfarkt ereilte und ihm klarwurde, wo die Grenzen seiner körperlichen und seelischen Kraft liegen.

Seit kurzem kann der Leiter eines Berufsschulzentrums in Achern (Ortenaukreis) wieder Dienst tun, der Ton seiner Stimme fährt nicht mehr so hoch, aber versöhnlich klingt sie deswegen nicht. Der Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) habe sich mit dem Geld des Chemieherstellers Bayer aus der Verantwortung „freigekauft", sagt Hülsmann. Die Weigerung des Ministers, die Maisaussaat am Oberrhein per Verfügung zu stoppen, als bereits Dutzende Imker den Tod ihrer Insekten gemeldet und auf verdächtige, rot gefärbte Saatkügelchen am Rand der Felder hingewiesen hatten, habe die Katastrophe so riesenhaft werden lassen.

Der Rückhalt, den der Verbandschef in den eigenen Reihen genießt, ist bestenfalls noch von moralischem Wert. Die Front der rund 700 Imker, die Schäden an 11 500 Bienenvölkern zu beklagen hatten, ist aufgeweicht. Während Hülsmann auf dem Krankenbett lag, haben sie das Geld genommen, das ihnen die Firma Bayer Cropscience in einer großherzigen Geste zur Entschädigung anbot, insgesamt zwei Millionen Euro. Nicht etwa ein Zeichen der Schuldanerkenntnis sollte die Gabe sein, sondern der „sozialen Verantwortung" gegenüber den Imkern, betont ein Bayer-Sprecher.

> Im Gegenzug trete ich sämtliche bestehenden oder zukünftigen Schadenersatzansprüche, gleich aus welchem Rechtsgrund, gegenüber jedem Anspruchsgegner . . . ab.
>
> *Vertragsklausel für Imker, die Entschädigungszahlungen erhalten wollten*

Verteilt wurde das Geld, gestaffelt nach Anzahl der geschädigten Bienenvölker und Waben, durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum. Nur eine kleine Gegenleistung war nötig. Die Bienenzüchter mussten eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichteten, „dass Sie auf die Geltendmachung von Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit dem Schadensereignis im Frühjahr 2008 verzichten und deshalb alle insoweit in Betracht kommenden Ansprüche abtreten". Die Abtretung musste an Hauks Ressort geleistet werden, den Hauptzielpunkt aller Vorwürfe.

Nun gibt es keine Geschädigten mehr, nur noch Entschädigte, und so wird „der bisher größte dokumentierte Vergiftungsfall für Deutschland", wie die Landesanstalt für Bienenkunde in einem internen Papier feststellt, voraussichtlich ohne juristisches Nachspiel bleiben. Fast vergessen ist die Parlamentsdebatte von Anfang Juni, in der Hauk gegenüber der Opposition alle Verantwortung für die Bienenvergiftung vom Oberrhein von sich wies und ankündigte, die Hersteller des schlampig gebeizten Saatguts ausfindig zu machen. „Keine Schonung" kenne er dabei, sagte der Minister.

Bis heute ist keine einzige Saatgutfirma behelligt worden. Die Beizer versetzen das angelieferte Gift mit einer Reihe von Hilfsstoffen, etwa Tensiden (Lösungsmitteln) und einem Haftmittel, das die ganze Mischung am Saatkorn kleben lassen soll. Doch bei der Maissaat vom Oberrhein löste sich der Giftstaub von den Körnern. Mit der Abluft der pneumatischen Sämaschinen wurden die tödlichen rosa Wolken in die Höhe geblasen und gingen auf Raps-, Erdbeer- und Obstpflanzen

Bienenvölker vergiftet

nieder, wo sich das Chlothianidin in teilweise hundertfach höherer Konzentration wiederfand, als Experten zunächst wahrhaben wollten. Den Beweis dafür lieferte Ende Mai das Landwirtschaftliche Technologiezentrum Augustenberg bei Karlsruhe (LTZ).

Doch der Chemiehersteller – letzter Jahresumsatz: 5,8 Milliarden Euro – schweigt, zumindest gegenüber Medien, über seine Geschäftspartner, die mit Clothianidin gebeiztes Saatgut unter dem Markennamen Poncho in aller Herren Länder verkaufen. Angeblich lassen sich die Schuldigen nicht mehr ermitteln. Dabei dürften im Fall Oberrhein nicht allzu viele Verdächtige infrage kommen. Der für Maiskulturen gefährliche Westliche Maiswurzelbohrer, dessen Ausbreitung 2007 erstmals am Oberrhein beobachtet wurde, verlangt eine mehr als doppelt so hohe Dosis Gift als etwa Fritfliege oder Drahtwurm. Während das handelsübliche Poncho-Saatgut mit 25 Gramm Wirkstoff pro 50 000 Körner versehen wird, sind bei der Bekämpfung des Maiswurzelbohrers durch das Berliner Bundesamt für Verbraucherschutz (BVL) stolze 62 Gramm bei der Herstellung erlaubt worden. Poncho Pro ist der Markenname dieses besonders getunten Saatguts, bei dem es sich oft um noch einmal nachgebeiztes Poncho handelte. Die Bauern am Oberrhein mussten es im Frühjahr auf Anweisung der Regierungspräsidien verwenden.

Das Rätsel um die Saatgutfirmen, mit dem Bayer Cropscience neugierige Fragesteller allein lässt, ist zumindest in wissenschaftlichen Kreisen gelöst. Aus Kostengründen werde Saatgut zur Beizung „nach Ungarn und Rumänien verfrachtet", sagt Gerhard Liebig vom Landesinstitut für Bienenkunde an der Universität Hohenheim. „Das war wohl auch in diesem Fall so." Liebig nennt als Quelle seiner Information einen Bayer-Vertreter. Es gebe „in Deutschland sehr gute Beizfirmen, aber die sind zu teuer". Ist schlampig gebeiztes Saatgut aus ehemaligen Ostblockstaaten die wahre Ursache für das baden-württembergische Bienensterben? Der Bayer-Sprecher warnt lediglich vor „Spekulationen" und weicht ansonsten aus: „Was Einzelne machen, kann man nie genau sagen."

Wissenschaftler Liebig hat auch eine gute Nachricht. Seit Mai leitet er im Auftrag des Landes ein Bienen-Monitoring am Oberrhein, bei dem es um die Frage geht, ob sich das Clothianidin in der Maisblüte angereichert hat und weitere Schäden bei Bienen anrichten könnte. Mehrere Völker in Nachbarschaft zu großen Maisfeldern wurden regelmäßig untersucht. Das vorläufige Fazit: selbst bei Jungvölkern, die über den Sommer gezielt mit kontaminierten Pollenwaben gefüttert wurden, zeigten sich keinerlei Vergiftungserscheinungen. Bis Ende des Jahres geht die Untersuchung weiter, doch mit den Tieren sei jetzt alles wieder „im grünen Bereich", so Liebig. Auch der Honig vom Oberrhein ist unverändert belastungsfrei.

Damit steigen die Chancen auf eine Wiederzulassung von Poncho und Poncho Pro durch das Bundesamt für Verbraucherschutz. Es hatte den Verkauf, nebst einigen anderen Insektiziden, am 15. Mai vorläufig untersagt. Das Amt holte nach, was es womöglich schon bei der deutschen Markteinführung von Poncho im Jahr 2004 hätte tun sollen: Es gab Bayer Cropscience auf, ein Konzept für die Untersuchung von Clothianidin in Maispflanzen zu entwickeln und sicherzustellen, dass die Saatguterzeuger das richtige Haftmittel verwenden. Im Herbst will das Amt eine endgültige Entscheidung treffen, nachdem Clothianidin für die Rapsaussaat bereits im Juli wieder zugelassen wurde. Wie es sich abzeichnet, werden bald auch die Maisbauern wieder Poncho kaufen dürfen – unter Einhaltung simpler technischer Anweisungen, zu denen gehören dürfte, die Abluftschläuche von pneumatischen Sämaschinen in Bodennähe zu befestigen. Bayer drängt auf eine schnelle Entscheidung in Berlin, damit die Produktion für die nächste Maisaussaat im Frühjahr 2009 wieder anlaufen kann.

Auch Bienenexperte Liebig sieht zur Wiederzulassung von Clothianidin keine Alternative, trotz des „Unfalls" vom Oberrhein, wie er die sich über zwei Wochen erstreckende Vergiftung im Rückblick nennt. Das Wort Unfall gehört, wie auffällt, auch zum Sprachgebrauch der Bayer AG, die nicht nur Wissenschaftlern in Baden-Württemberg, sondern in vielen Bundesländern zu Forschungsprojekten verhilft. So zahlt der Chemiehersteller zum Beispiel an einem 2004 gestarteten bundesweiten Bienen-Monitoring „den überwiegenden Anteil", wie ein Unternehmenssprecher bestätigt. Mit solcher unternehmensnahen Forschung hat Gerhard Liebig kein Problem, auch nicht im Spiegel der Massenvergiftung vom Oberrhein. „Mir ist egal, wo das Geld herkommt", sagt er. „Hauptsache, es kommt."

Zumindest in einem Punkt scheinen sich Wissenschaftler, Imker, Bauern, Naturschützer, Politiker und Industrie einig. Der Maiswurzelbohrer, vermutlich während des Balkankriegs Anfang der neunziger Jahre durch US-amerikanische Flugzeuge nach Serbien eingeschleppt, wird sich nicht ausrotten lassen. Zwischen dem 20. und 24. Juli sind im Ortenaukreis wieder Dutzende Exemplare in Lockfallen gefunden worden. Per Gefahrenverordnung hat das Bundesamt für Verbraucherschutz unter anderem den Einsatz des Spritzmittels Biscaya genehmigt, auch dies ein Bayer-Produkt. Axel Mayer, Freiburger Regionalverbandschef des Bundes für Umwelt und Naturschutz, hat der Verpackung entnommen, dass Pflanzen, die dreimal mit Biscaya überzogen wurden, vom menschlichen Verzehr fernzuhalten sind.

> Nicht vergessen werden sollte, dass ein Imker durchaus ein emotionales Verhältnis zu „seinen" Bienenvölkern hat.
>
> *Aus einem internen Papier der Landesanstalt für Bienenkunde*

Mayer ist einer der Umweltschützer, die mit ihren Mahnungen wirken wie ein Barde aus dem Märchenland. Der Maiswurzelbohrer lasse sich durch eine Fruchtfolge am besten bekämpfen, sagt er: Auf Mais müsse Weizen angepflanzt werden, dann beispielsweise Raps, erst danach wieder Mais. Die auf Mais angewiesenen Larven fänden beim Schlupf im Frühjahr keine Nahrung und stürben ab. Alles falsch, belehrt Bayer Cropscience auf seiner Homepage. In einem Jahr ohne Nahrung entwickelten sich die Larven einfach nicht und schlüpften, sobald wieder Mais in Fressnähe sei. Praktische Belege aus Deutschland gibt es weder zur einen noch zur anderen Behauptung.

Die meisten Landwirte interessiert die Beschwörung des guten alten Fruchtwechsels ohnehin wenig. Der Landwirt Klaus Krumm aus Tannenkirchen (Kreis Lörrach) beispielsweise hat früher Weizen angebaut, außerdem Bullen gezüchtet. Der alte Stall dient längst nur noch als Lager. Er sehe die Konflikte mit dem Maisanbau, sagt er, „aber ich muss schließlich Geld verdienen".

Maispflanzen sind, aus ökonomischer Sicht, großartige Gewächse. Aufgrund ihrer besonderen Fotosynthese laugen sie die Böden kaum aus. Bei entsprechender Düngung können sie Jahr für Jahr angebaut werden. Zudem trotzen sie Hitze und Nässe. Und das Beste: die Rendite für Mais wächst ständig. Die Bauern können sich aussuchen, ob sie ihre Ernte als Futter- oder Energieware verkaufen. 2007 wurde in Baden-Württemberg bereits auf 153 000 Hektar Fläche Mais angebaut, das entspricht 18,5 Prozent der gesamten Ackerfläche. In der Rheinebene bestimmen die Maismonokulturen das Landschaftsbild. Im Ortenaukreis steht schon auf gut 55 Prozent der Ackerfläche Mais.

Für Wissenschaftler Liebig sind künftige Giftschlachten auf baden-württembergischen Feldern am wirksamsten durch ein klares Bekenntnis zur Gentechnik vermeidbar, die sich bemüht, die Resistenzen der Pflanzen zu verbessern. Die politischen Widerstände dagegen sind aber nicht zu brechen. Der Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann etwa hält die Agrarpolitik des Landes für einen Irrweg und beklagt, der Ökolandbau werde gezielt diskreditiert.

Sofern im nächsten Jahr am Oberrhein wieder Clothianidin eingesetzt wird, will Imker Ekkehard Hülsmann „vom Minister Hauk Korridore, wo wir mit unseren Völkern hinkönnen". Vielleicht verhilft ein Positionspapier der Landesanstalt für Bienenkunde zur Bienenhaltung in der Oberrheinebene dem Beamtenapparat zu etwas mehr Einfühlung. Darin formulieren die Experten von der Universität Hohenheim eine offenbar erstaunliche Entdeckung: „Nicht vergessen werden sollte, dass ein Imker durchaus eine emotionale Beziehung zu ‚seinen' Bienenvölkern hat, die ein Nichtimker eventuell nur schwer nachvollziehen kann. Für viele war es daher auch eine Belastung, über einen langen Zeitraum dem täglichen Totenfall ihrer Völker zusehen zu müssen."

Imker und Naturschützer demonstrierten für eine Fruchtfolge auf den Äckern. Foto StZ

Eine tote Honigbiene, an ihren Beinen hängen noch Blütenpollen. Foto Okapia

Chronik des stummen Sterbens

Juli 2007: In der Nähe des Flughafens Lahr im Ortenaukreis werden erstmals in Baden-Württemberg Exemplare des Maiswurzelbohrers entdeckt. Auch im Bodenseekreis taucht der Käfer auf. Die zuständigen Regierungspräsidien weisen Befalls- und Sicherheitszonen aus und ordnen die Bekämpfung des gefürchteten Schädlings an. Die Maisbauern am Oberrhein werden wenige Monate später durch die Regierungspräsidien angewiesen, bei der anstehenden Frühjahrsaussaat das mit Clothianidin umhüllte, wirkungsverstärkte Saatgut Poncho Pro zu verwenden. Hersteller des Insektizids ist die Firma Bayer Cropscience.

April 2008: Am Oberrhein beginnt die Maisaussaat. Es ist windig. Die Arbeit auf den Feldern wird zwei Wochen lang dauern, von Ende April bis Anfang Mai. Weil Maiskörner einzeln in 20-Zentimeter-Abständen in den Acker gebracht werden müssen, verwenden die Bauern luftdruckbetriebene Sämaschinen; sie saugen die Körner aus den Behältern und schießen sie in die Erde, die überschüssige Luft entweicht über ein Rohr.

Mai 2008: Das Bienensterben beginnt. Am 4. Mai schreibt der Vorsitzende des badischen Imkerverbandes, Ekkehard Hülsmann, dem Landwirtschaftsminister Peter Hauk, er halte das von den Bauern verwendete Insektengift für die Ursache und fordert den Stopp der Aussaat. Das Ministerium handelt nicht, das Insektensterben geht weiter. Nach Ende der Aussaat sind 11 500 Bienenvölker teilweise schwer geschädigt. Clothianidin wird später auch in Pollenbeständen gefunden. Die Imker müssen das „Bienenbrot" aus den Stöcken nehmen und an Sammelplätzen zur Verbrennung abliefern.

Mai 2008: Am 15. Mai ordnet das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Berlin das Ruhen der Zulassung für acht insektizide Saatgutbehandlungsmittel an, darunter Poncho Pro. Am 16. Mai empfiehlt auch der Minister Hauk, Poncho Pro nicht mehr zu verwenden. Zu diesem Zeitpunkt sind die Äcker am Oberrhein längst bestellt. Im Interview mit der Stuttgarter Zeitung kündigt Imkerverbandschef Hülsmann am 24. Mai an, notfalls juristisch gegen das Landwirtschaftsministerium vorzugehen, damit 700 Bienenzüchter entschädigt werden. Bayer Cropscience verspricht unmittelbar darauf in einer Presseerklärung finanzielle Hilfen für die Imker auf „freiwilliger Basis". Zwei Millionen Euro fließen.

Peter Hauk

Juni 2008: Das Landwirtschaftsministerium beginnt damit, die Bayer-Millionen an die Imker zu verteilen. Die Bienenzüchter müssen im Gegenzug schriftlich auf jede weitere juristische Maßnahme verzichten. Am 25. Juni lässt das Bundesamt für Verbraucherschutz Clothianidin wieder zur Behandlung von Rapssaatgut (es geht um die Produkte Antarc, Chinook, Cruiser OSR und Elado) zu. Begründung: die Rapssaat wird nicht mit pneumatischen Maschinen ausgebracht. Die Hersteller wurden angewiesen, das Insektengift mit einem zusätzlichen Haftmittel ans Rapskorn zu binden. Über die Wiederzulassung von Poncho Pro will das BVL im Verlauf dieses Herbstes entscheiden.

Juli 2008: Erneut werden Exemplare des Maiswurzelbohrers gefunden, auch am Oberrhein. Die Regierungspräsidien weisen wieder Befallsgebiete aus, das BVL genehmigt, weil Gefahr im Verzug ist, den Einsatz von speziellen Insektiziden. Verspritzt wird in Baden-Württemberg vor allem der Wirkstoff Biscaya, ein Produkt der Firma Bayer.

September 2008: Die Landesanstalt für Bienenzucht an der Universität Hohenheim meldet, Clothianidin habe sich offenbar nicht in der Maisblüte angereichert. Das ist das vorläufige Ergebnis eines Bienen-Monitorings am Oberrhein. Weitere Schädigungen an Bienenvölkern sind nirgendwo erkennbar. Schon im Juni hatten Laboruntersuchungen ergeben, dass auch der Honig der Imker vom Oberrhein ohne Bedenken verzehrt werden kann. *rub*

Ein Exemplar des Maiswurzelbohrers Fotos Okapia, dpa, StZ